

Miteinander in Europa – und in NRW

Potentiale. Herausforderungen. Fragen.

Als Herzstück Europas und in seiner Tradition als Land des Zusammenhalts, steht Nordrhein-Westfalen für das Miteinander von Menschen verschiedenster Herkünfte und Nationalitäten. Die Zuwanderung von geflüchteten Menschen stellt viele wichtige und noch offene Fragen für ein solidarisches Zusammenleben und Miteinander in den Raum – in Europa und NRW. Versteht sich das Europa der Zukunft als eine solidarische Integrationsgemeinschaft oder als eines der nationalen Egoismen? Wie kann eine europäische Antwort auf die Herausforderung und Chance der Zuwanderung von geflüchteten Menschen aussehen und was kann NRW konkret dazu beitragen? Diese und viele weitere Fragen waren zentrale Anliegen der Veranstaltung „Miteinander in Europa - und in NRW“. Am 05.04.2016 lud das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung interessierte Bürger_innen anlässlich dieser Veranstaltung in ihre Bonner Zentrale zur Diskussion ein. Begrüßende Worte für das geladene Podium fand Martin Pfafferott, Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dieser stellte fest, das Thema könne größer und aktueller nicht sein. Die Flüchtlingsbewegungen und die damit verbundenen Grenzzäune bzw. –kontrollen sowie der sich ausweitende Populismus würden auf der einen Seite Probleme der Union aufzeigen. Zum anderen würden die Geflüchteten aber paradoxerweise gerade auch die Attraktivität, welche sich Europa aufgrund seiner freiheitlichen Werte und seines ökonomischen Wohlstands erkämpft hat, unterstreichen. Auch, betonte Pfafferott, könne Nordrhein-Westfalen auf jahrzehntelange Erfahrungen der Integrationsarbeit zurückblicken und könne somit für die Zukunft gute Voraussetzungen mitbringen.

Die Veranstaltung wurde durch die Rede von Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW, eröffnet. Wenn man heute über Europa spreche, so der Minister, dann habe man nicht automatisch die breite Öffentlichkeit auf seiner Seite. Gerade im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte um die Flüchtlingspolitik würden häufig Szenarien des Zerbrechens Europas in den Medien verbreitet. Die Realität sehe jedoch zweifelsfrei anders aus: Viele Menschen würden, etwa nach Angaben des Politbarometers, gerade ein Mehr an Europa wollen. Der Minister betonte vor allem die Notwendigkeit der Freiheiten des gemeinsamen Schengenraums, besonders die des freien Personenverkehrs. Auch der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen sei ein einmaliges Erfolgsmodell, so Lersch-Mense. „Wir müssen gemeinsame Lösungen finden“, denn nur dadurch sei man stark genug, Problematiken wie Terrorismus oder Rechtspopulismus zu lösen. Doch ist Europa in der Lage,



Die Realität sehe jedoch zweifelsfrei anders aus: Viele Menschen würden, etwa nach Angaben des Politbarometers, gerade ein Mehr an Europa wollen. Der Minister betonte vor allem die Notwendigkeit der Freiheiten des gemeinsamen Schengenraums, besonders die des freien Personenverkehrs. Auch der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen sei ein einmaliges Erfolgsmodell, so Lersch-Mense. „Wir müssen gemeinsame Lösungen finden“, denn nur dadurch sei man stark genug, Problematiken wie Terrorismus oder Rechtspopulismus zu lösen. Doch ist Europa in der Lage,

diese offenen Fragen der aktuellen Flüchtlingspolitik zu lösen? Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament hätten schon zahlreiche konstruktive Vorschläge unterbreitet, wie einige dieser Probleme zu lösen seien, so Lersch-Mense. Einige Akteure hätten sich dabei jedoch eher als „Bremsen“ verstanden, anstatt im Geiste Europas gemeinsame Lösungen zu verhandeln. Die alleinige Berücksichtigung innerstaatlicher Interessen könne dauerhaft nicht funktionieren, so der Minister: „Man muss einen Teil seiner Souveränität teilen, um diese dauerhaft zu behalten.“



Lersch-Menses erste Diagnose lautete daher: „Wir brauchen mehr Europa. Wir brauchen mehr Kooperation miteinander.“ Beispielhaft führte der Minister den Zuhörer_innen die aktuelle Debatte um die *Panama Papers* vor Augen. Angesichts dessen würde sehr deutlich, dass auch im Bereich der Steuerpolitik ein gegenseitiger Austausch von Informationen zwischen den Staaten notwendig sei. Auch im Bereich der Energiepolitik müssten die Staaten der Europäischen Union intensivere Kooperationen eingehen, forderte Lersch-Mense.

hen, forderte Lersch-Mense.

Auch betonte der Minister, was die Staaten der Europäischen Union in den letzten Jahrzehnten alles geleistet haben. Blicke man auf die Integrationsgeschichte der Europäischen Union zurück, so seien wichtige Fortschritte gerade durch das Zurückstellen nationalstaatlicher Interessen geprägt. „Das Erfolgsrezept der EU ist das gegenseitige Verständnis“, so Lersch-Mense. Der Minister argumentierte auch, dass eine zu einseitige Ausrichtung auf Austeritätspolitik dem Fortschritt der EU im Integrationsprozess entgegen stand. Diese Politik habe vor allem in Krisenstaaten nicht funktioniert; so läge die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland nach wie vor bei 48%.

„Die Aussetzung des Dublin-Abkommens war eine humane Geste“, so der Minister über die Reaktion der Kanzlerin, als sie 2015 Grenzen von Österreich nach Deutschland öffnen ließ. Trotzdem habe sie damit viel Porzellan zerschlagen, da keine Absprache mit anderen europäischen Staaten erfolgt sei. Dadurch sei ein Übereinkommen der EU-Staaten zu einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik erschwert worden. „Wir müssen wieder zurückfinden zu einem echten Miteinander“, so der Minister. Gerade in NRW habe man eine gute Ausgangsbasis dafür. Als erstes Bundesland mit einem Integrationsgesetz gäbe es eine Vielzahl von Möglichkeiten und einen reichen Erfahrungsschatz an gelingender Integration. Lersch-Mense teilte die Worte Hans-Dietrich Genschers und schloss damit seinen Eingangsimpuls: „Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine“.

Im Anschluss wurden Projekte vorgestellt, die sich für die Solidarität und das Miteinander in Europa sowie für die Integration von Zuwander_innen einsetzen. Zunächst stellten sich die



„[Jungen Europäischen Förderalisten](#)“ vor, die mit ihrem Hashtag #Don'tTouchMySchengen - „Für den Erhalt offener Grenzen“ auf sich aufmerksam machten. Nationale Egoisten würden immer wieder im politischen Diskurs auftauchen, die engagierten Europäer_innen setzten sich dagegen für ein solidarisches, geeintes Europa ein. Auf verschiedene Art und Weise machen sie dabei auf ihre Anliegen aufmerksam und zeigten im Rahmen der Veranstaltung Videos ihrer Aktionen. Ein weiteres, vom EU-Fonds AMIF (Asyl-, Migration- und Integrationsfonds) gefördertes Projekt für junge Drittstaatler_innen unterstützt und qualifiziert diese jungen Menschen, einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Bei „[Work for You](#)“, einem Schwerpunkt des Jugendhilfeträgers RheinFlanke, werden Jugendliche für ehrenamtliche Tätigkeiten gewonnen, durch die ihnen die Bedeutung von Arbeit bereits anschaulich vermittelt werden kann. Jugendlichen werde somit geholfen, eigene Talente zu entdecken und das Selbstwertgefühl zu steigern. Ein im Rahmen von „Work for you“ geförderter Jugendlicher präsentierte gemeinsam mit Projektleiter Sebastian Koerber die Idee hinter dem Projekt und stellte seinen eigenen erfolgreichen Ausbildungsweg dar.



In der folgenden Diskussion mit den Podiumsteilnehmer_innen warf Moderator Miltiadis Oulios die drängende Frage auf, wie eine koordinierte Flüchtlingspolitik in Europa gelingen könne. Minister Lersch-Mense forderte die Einführung eines europäischen Quotensystems unter Beachtung der Aufnahmekapazitäten der Mitgliedsländer. Die Europäische Kommission könne dabei als „Makler zwischen den Institutionen“ fungieren, so Elisabeth Kotthaus, stellvertretende Leiterin der Politischen Abteilung der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland. Man gewinne (medial) beständig den Eindruck, dass die Umsetzung von Vereinbarungen zu langsam voran schreite. „Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass die Strukturen im Zuge der Flüchtlingspolitik neu koordiniert werden müssen und Prozesse unter Einbeziehung der Nationalstaaten eben Zeit brauchen“, schränkte Kotthaus ein.

Die Stimmung in der griechischen Bevölkerung sei in der aktuellen Lage besorgt und angespannt, so Nicole Katsioulis, Leiterin des Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Griechenland.

Das Land sei nun kein reines Transitland mehr, sondern durch die Europa-Türkei-Vereinbarung mehr und mehr ein Aufnahmeland geworden. Die generelle Skepsis gegenüber der EU-Türkei-Vereinbarung sei spürbar. Unter anderem treibe die Sorge um einen Rückgang von Tourist_innen die Menschen an. Wenn sich Nicht-Regierungsorganisationen aus den dortigen Hotspots zurückziehen würden, offenbare dies eine Versorgungslücke. Auch Katsioulis kritisierte den fehlenden Zusammenhalt innerhalb der Union und die Haltung jener Staaten, die eine Aufnahme von geflüchteten Menschen verweigern, schließlich sei man keine „Schönwetter-EU“. Die Umverteilung von Geflüchteten müsse in der EU besser geregelt werden. Griechenland dürfe an der EU-Außengrenze nicht allein gelassen werden, das Land brauche mehr Unterstützung seitens der EU.

Die Frage nach Akzeptanzproblemen gegenüber der EU richtete sich an Prof. Dr. Ulrich von Alemann, Senior Fellow der Forschungsinitiative NRW in Europa. Europa, so von Alemann, befinde sich augenblicklich gewiss in einer großen Krise. Jedoch solle nicht vergessen werden, dass die ganze Geschichte Europas eine einzige Krise gewesen sei, die Europa trotz aller Widrigkeiten aber bewältigt habe. Die sogenannte „Migrationskrise“ sei dabei lediglich ein Firnis, die eigentlichen Probleme lägen viel tiefer und an anderer Stelle begründet. Von Alemann schlussfolgerte daher, es sei eine vertiefte Zusammenarbeit in anderen Politikfeldern, etwa der Sozial- oder Umweltpolitik dringend notwendig.

Markus Thürmann, Vorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten NRW, richtete die Aufmerksamkeit auf eine mögliche Ursache von fehlender Solidarität innerhalb Europas, indem er kritisierte, dass in Europa nicht überall dieselben Standards der Aufnahme und Integration herrschen würden. Wäre dies der Fall, würde die Notwendigkeit für geflüchtete Menschen nicht mehr bestehen, in ein bestimmtes Land der Europäischen Union zu fliehen. Des Weiteren müsse auch innerhalb



Deutschlands der Königsteiner Schlüssel reformiert werden. Es gäbe eine ganze Bandbreite an nicht berücksichtigten Indikatoren, z.B. Wohnungsleerstand außerhalb der Ballungszentren. Er würde die Losung der Kanzlerin insofern erweitern, als dass wir „gemeinsam alles schaffen“ können.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum trat die Frage zu tage, wie die großen sozialen Ungerechtigkeiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu bewerten seien. Dabei bemühe sich die EU-Kommission seit langem, möglichst gleiche Verhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten zu schaffen. Dies sei aber kein Prozess, „der von heute auf morgen funktioniert“, sondern eine langwierige Entwicklung, unterstrich Elisabeth Kottmann. Dafür gäbe es beispielsweise den Europäischen Sozialfonds, wobei die Staaten der EU über die Verteilung der Gelder eigenständig verfügten. Natürlich gäbe es weiterhin „Push und Pull“ – Faktoren, wenn soziale Ungerechtigkeit andauere. Kottmann betonte, dass die Mitgliedstaaten gerade in diesem Bereich sehr geringe Anstrengungen zeigten, Kompetenzen an die EU abzugeben.



Die Landtagsabgeordneten Bernhard „Felix“ von Grünberg und Renate Hendricks betonten schließlich in ihren Schlussplädoyers der Veranstaltung noch einmal die Notwendigkeit von Solidarität – in NRW wie auch in Europa. Von Grünberg mahnte, dass das Asylrecht nicht inhaltlich eingeschränkt werden dürfe, während Renate Hendricks auf ein Europa der Sicherheit hinwies, in dem gemeinsame Politik nicht ohne gegenseitiges Verständnis gestaltet werden könne. „Wir müssen die Politik der Diplomatie stärken“, vor allem die junge Generation der Unionsbürger_innen trage für das Fortbestehen der Europäischen Union große Verantwortung.

Die Landtagsabgeordneten Bernhard „Felix“ von Grünberg und Renate Hendricks betonten schließlich in ihren Schlussplädoyers der Veranstaltung noch einmal die Notwendigkeit von Solidarität – in NRW wie auch in Europa. Von Grünberg mahnte, dass das Asylrecht nicht inhaltlich eingeschränkt werden dürfe, während Renate Hendricks auf ein Europa der Sicherheit hinwies, in dem gemeinsame Politik nicht ohne gegenseitiges Verständnis gestaltet werden könne. „Wir müssen die Politik der Diplomatie stärken“, vor allem die junge Generation der Unionsbürger_innen trage für das Fortbestehen der Europäischen Union große Verantwortung.

Text: Leonie Kutz

Redaktion: Martin Pfafferott, Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Heinz-Werner Lampertz